

35. Jahrgang. 2 3 Einzel-
preis 30 s. Sammlung, den 10. November 1899.

General-Anzeiger

Elberfeld
 Filiale n. Redaktion Kaiserstr. 50
 Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen
(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt.)

B a r m e n
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Neuerweg 57
Fernruf. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 716 u. 4997.

Der Aufnahme von
Kartagen an bestimmten
Tagen und an wei-
schlichen Plätzen, für
teiler Aufträge sowie
für Aufnahmungen von
Wangstern, wird from
Geldern übernehmen.
Die Geschäftsräume
sind von morgens 8 1/2
bis abends 8 1/2 Uhr
Samstage von 8 Uhr
bis 8 1/2 Uhr abends
durchgehend geöffnet.

Hille zur Einigung.

Handlungen zwischen Reichs.
Industrie und Epigenorgani.
— Ein Kompromiß über die
en. — Für einen gemischt-
gesellschaftlichen Betrieb.

am 12. Nov. (Eig. Drahtb.) Die-
nung der Regierung in der heu-
tag des Steueraussschusses
erhelltes Licht auf die finan-
z. des Reiches geworfen und ihre
das Vorparlament nicht versch. Die
von der zwingenden Notwendig-
durchgreifenden Änderungen
finanzgebende unter Erschließung
Quellen nichtsteuerlicher Art und vor-
Sanierung des Reichsbetriebs lan-
gemeintung aller Parteien gehalten
nen hat die schroffe Art des Vorgehen-
in der Frage der Kreditation dar-
schalt, das nunmehr auch die wenigen
offene nur hinter verschlossenen Türen
wissen wollten, gezwungen worden sind
der jener Weise vor der Öffentlichkeit
them Stellung zu nehmen. Die ge-
änderungen der Zentral-
gemeinschaft der Arbeitgeber und
er haben insofern einen besied-
berlaus genommen, als die Erör-
an dem Widerstand der einen op-
partei scheiterten, sondern zu dem Ge-
scheit, die Vespredungen in der nächst-
auflegen und bis dahin eine Klärung
der Fragen herbeizuführen. Die V-
gen, die während der Verhandlung
vom Reichsf. und den V-
der Zentralarbeitsgemein-
führt wurden, haben wesentlich zu ein-
geklärter Schwierigkeiten geführt und
hohen Boden für die Weiter-
ung der Frage geschaffen. Der 3-
stand des Reichsverbandes be-
trat heute vormittag erneut 3-
und nahm daraufhin die Prüfl-
führenden Bankkreise auf.
entschieden dann die Vertreter der
nachdemgemäß erneut bei Dr. Wi-
der Kreditation wiederum eingehend
wurde.

Es ist klar, daß das Kabinettt zusammen-
treten nach dem gegenwärtigen Sta-
tus zu behandeln und der Reise entge-
gen einer Entscheidung kam mit.
Man wird morgen nochmals
kann eine amtliche Verlaut-
barung das Ergebnis herausgeben. Aus-
drücklich stillschweigen bewahrt. Aus-
sichiel auch die für heute angekün-
digung des Kanzlers im Steueranschauung aus.
änderung. die ungewissheit
bisher widerstrebenden Anschauungen
hat den Kanzler veranlaßt,
vorläufig zu verlagen, um die
anderen Ansichten nicht durch vor-
lagen zu führen. Damit soll nicht
in der nächsten Woche ver-
ediktation in die Wege
oder gar die sogenannte Entsch-
der Bahnen durchgeführt
Tavon kann gar keine Rede
sich vorläufig um eine grund-
tlichung über den in diesen Dingen
den Weg. Man ist zu diesem
Verlaß dadurch gekommen, daß
am ersten Male eine Erlau-
bungen gab, die wohl wesentlich
der Arbeitnehmer führte, wie sich
aus, daß die führenden Gewer-
thums gesundes Verständnis für
den Rotmordseiten befehlen, daß
die gesamte deutsche Öffentlichkeit
in Erklärung des Reichserbvertrages
unter dem Einbruch standen und
des rücksichtsloser Unternehmerrge-
in den Staatsbetrieben sein soll-
den dieser Hunderttausender von Ar-
beitsbedrohung.

stiner an den Verhandlungen be-
 theiligten Seite der Industrie
 wurde einige Gesichtspunkte abge-
 worfen, die zu der Aktion geführt haben
 und, an darauf hingewiesen, daß nach
 dem in anderen Demokratien ein
 Uebervon dem Umsange der Reichs-
 wirtschaftlich verwaltet
 Dazu gehöre die Staatsau-
 f heute nicht mehr vorhanden sei-
 sträge, die die staatlichen Bahnverwa-
 ltung von vier Kriegsjahre in den G e n t
 1871 hatten, beließen sich in England
 einen Pfund, in Frankreich auf 4 Mil-
 lionen und in den Vereinigten Staaten
 auf 10 Millionen Dollars. Man sei daher in dies-
 fallig wieder von dem Gedank-
 ten der Verstaatlichung ab-
 In Deutschland seien die
 der Bahnverwaltung in
 der Desorganisation sei-
 es dadurch, daß der Minister nicht in
 Vertheiliger, sondern auch politisch
 möglich sei, dessen Kräfte durch die
 g völlig aufgebraucht würden. Zum
 der Lage der Bahnen wurden
 genannt: Der Kaufpreis, den die
 Reich den Bundesstaaten zugestagt, o-
 bezahlt hat, beläuft sich auf 39,5 Mil-
 lionen. Der Restbetrag des
 beträgt 17,5 Milliarden M.

marl. Das Defizit des Jahres 1921 wird nicht viel geringer sein, so daß man damit rechnet, daß in den vergangenen zwei Jahren die Schichtbeträge fast so hoch sein werden wie der Verkaufspreis. Die Überschüsse der preussischen Staatsbahnen waren im Jahre 1913 325 Millionen Goldmark oder 6.502 Milliarden in Papier, die Goldmark zu 20 Papiermark gerechnet. Die Ausflüsse betragen 1920 im Verhältnis zu 1913 rund 51,5 Prozent mehr. Der Wirkungsgrad ist also auf die Hälfte gesunken. Die Zahl der Beamten ist gegen 1913 von 281.000 auf 377.000, also um 96.000 gestiegen, die Zahl der Arbeiter von 439.000 auf 744.000, also um 285.000. Die Gehälter der Beamten stiegen 1913 gestiegen um das 8,64fache, die Löhne der Arbeiter um das 11,85fache, beides nach dem Vorschlag für 1922. Die Lage der Beamten ist danach wesentlich schlechter als die Lage der Arbeiter. Eine Übersicht über die Verwaltungsergebnisse zwingt zu der Erkenntnis, daß die politische von der kaufmännischen Leitung abgetrennt und kaufmännische Geist maßgebend sein müsse. Nicht die Zahl von Vorschriften und Erlasse oder Geleise bedingen den Erfolg. Jetzt regelt sich alles nach Bestimmungen. Der Beamte und Arbeiter sei an dem Wohlergehen des Unternehmens desinteressiert. Das sei früher möglich gewesen, heute nicht mehr. Der Kaufmann kennt keinen Etat, keine Vorausschläge, seine starken Richtlinien, aber er kennt eine Erfolgsrechnung, eine Bilanz, eine Vermögens- und Verlustrechnung, und nach dem Abschluß der Bilanz beurteilt man sein Können und seine Tätigkeit. Gerade von gewerkschaftlicher Seite werde die Entbürokratisierung bei den preussischen Gruben verlangt. Das müsse auch bei der Bahn durchgeführt werden, wobei selbstverständlich die Arbeiterschaft und Beamten entweder Gruppen oder im einzelnen an dem Erfolge des Unternehmens beteiligt werden müssen. Alles müsse auch auf einem bewährten Erfolgssystem aufgebaut werden mit Afforden, Prämien usw. Das Reichsdeutsches Ministerium habe sich jetzt zu einem Körper ausgewachsen mit einer dreimal so großen Beamtenschaft wie das alte preussische Eisenbahnministerium. Es komme nicht auf die Zahl an. Man könne mit weniger Leuten dafür sehr hoch bezahlen, mehr erreichen, einen Aufbau mühte natürlich gemacht werden. Das sei aber nur nach und nach möglich. In eines Tages werde der Punkt kommen, an dem man an den Abbau herangehen und energisch durchführen könne.

Zu diesem Gedanken, den die führenden Wirtschaftler bei ihren Verhandlungen den Vordergrund rücken ist noch folgendes hinzuzufügen: Sie denken nach ihren Mitteln bei den geistigen Besprechungen in der Zentrarbeitsgemeinschaft und beim Reichskonsler daran, die Beamtenrechte etwas zu beschränken. Sie betonen im Gegenteil, die Beamtenrechte gewahrt bleiben müssen, die sozialen Interessen, die Fürsorge für die bedürftigsten Kreise, die Fürsorge für die bedürftigsten Wirtschaftskreise und für die armerdesten müssen in den Vordergrund gezogen und wie bisher behandelt werden. Es muß durch Tarifpolitik dafür gesorgt werden, daß die leidende Industrie wieder zum Leben kommen kann. Durch die jetzigen Zustände zum Beispiel das Bauen fast vollständig zum Stillstand gekommen. Ein Privatunternehmer muß eine großzügige Arbeitspolitik durchführen. Der Privatunternehmer ist kreditwürdig und mit Hilfe seines Kredits bauen. Ein sogenanntes Profitunternehmen soll die Selbstverständlichkeit nicht werden. Der Profit ist nicht unbedingt eine scharfe Richtschnur für die Wirtschaft. Die Banken sollen kapitalisiert, sondern es soll Kapital in die Wirtschaft hineingesteckt werden, das für das Wohl arbeitet. Nur soll das nicht in der Hand einer Reichs-Kreditgesellschaft liegen. Angelegenheiten, bei der sämtliche Aktien im Reich sind. Das würde nicht auf Kaufmannshandeln, das zum Beispiel auch die Länder, bisher noch nicht bezahlt sind, an dem Unternehmen beteiligt werden, ist durchaus annehmbar, wie überhaupt das Privatkapital sich gehend oder vorherrschend sein muß. Im Wirtschaftlichen ist die Elektrifizierung zum Beispiel Privatkapital in der Handarbeit, und die Arbeiten ebenso vorzüglich wie eine Reichs-Kredit-Bank, die auf einem anderen Wirtschaftlichen Boden aufgebaut sind. Nach alledem teilen, scheint der Gedanke allmählich vorzugehen zu werden, daß das sich anbahnende Kommen auf einen gemeinschaftlichen Wirtschaftlichen Betrieb hinausläuft bei dem, wie schon einmal angedeutet worden ist, Reich und Wirtschaft und das mit geringer Verbienlichkeit sind und das mit geringer Verbienlichkeit zum Nutzen des Reiches arbeiten wird. Die Punkte verweist wesentlich die Schärfe der Vorschläge der Industrie und ist durchaus net, Unterlage einer Erörterung in einem kleinen Kreis führen kann. Die Seiten der Umstellung des Gesamtbetriebes fehlt sich niemand. Die Größe der Probleme wird aber nun so einleuchtend, man die außenpolitische Seite der bescheidet. Die Ueberleitung hat überdies dann Sinn und Zweck, wenn von dem Reich und dem deutschen Volke die seit zur Sanierung seiner Finanzen dadurch gegeben wird, daß sie sich jeden Tag und jeder Behinderung der vorzunehmenden Sanierungsaktion entkalt. Sie hat das größte Interesse daran. Denn soll Deutsch-

Reparationszahlungen leisten, muß zunächst einmal der Reichs-Eisenbau auf gefundenen Rufen stehen, und das ist nur dann möglich, wenn die Reichsbetriebe mit Rugen arbeiten. Ob das auf dem eben skizzierten mittleren Wege möglich ist, werde die nächste Woche zeigen. Zunächst kommt naturgemäß nur die Eisenbahn in Frage. Allerdings haben gestern bereits unter dem Vor- sitze des Reichspostministers Siebsiers die Prä- sidenten der deutschen Postdirektionen in Berlin eine Beratung abgehalten, um zu der Frage der Entlastung des Staatsbetriebes, insbeson- dere auch der Reichspost Stellung zu nehmen. Die Präsidenten der Oberpostdirektionen haben sich gegen eine Entlastung ausgesprochen. Von der Post ist aber bisher bei den Verhandlungen noch keine Rede gewesen.

Die Aussprache über die neuen Steuern. Weichthausauskunft für Steuerfragen.

GA. Berlin, 18. Nov. (Sig. Drahtb.) Zum
Anschluß an die bereits mitgetheilten Darlegungen
im Reichstagsausschuß für Steuerfragen macht
Ministerialdirektor Dr. Poppe noch erläuternde
Bemerkungen zu den vorgelegten Vergleichs-
übersichten über die Belastung des Ein-
kommens aus Lohn- und Gehaltsbezügen
in Frankreich und in Deutschland. Nach
diesem ergibt sich die steuerliche Belastung
Frankreich und England als un-
gleichlich gering gegenüber der steuerlichen
Belastung in Deutschland, besonders was
die Beitragsbelastung betrifft und nach an-
gemessener Berücksichtigung der inneren
Aquivalenz des Geldes.

Hr. Bernheim (Soz.) freilegte die Währungs-
inflation und das Verhalten eines Teiles der Prei-
se als geradezu als Landesverrat in bezug auf die
Vollmachungen der Regierung (sind nicht ausstehend,
die notwendigen Maßnahmen gegenüber Vorgängen in
der Preisbildung der Welt rechtzeitig durchzu-
führen. Rechner würde gegebenenfalls der Realisierung d
tatorische Vollmachungen zwecks Durchführ
seiner Maßnahmen bewilligen.

[illegible]

Neuchâtel, 1. März. Dr. Hermetz führte über drei Punkte des hiesigen föderal Eintrags aus. 1. Das wir aus eigener Kraft verfahren müssen, unser Budget in Ordnung zu bringen. 2. Das dies nicht leicht sei, wenn an den vorgeschriebenen Reparationsbedingungen festgehalten wird und 3. das eine Klempnau nicht treiben wird, wenn wir nicht zuvor den Rest ebracht haben, das wir vor allen anderen unter Finanzproven regeln werden. Das müsse natürlich darin bestehen, unsere Staatskraft zu erhalten und nicht verlieren zu lassen. Der Minister behauptete, das aus der Preisberechtigung unser Wirtschaftsalten nicht resultire. Wir hätten ein Interesse in der richtigen Darstellung und Beurteilung der Lage. Was die Auswüchse unserer Spekulationen betreffe, so müsse allerdings geübt werden, um sie zu unterbinden. Es sei nicht daran zu denken, das der Staat seiner Währung nicht zu sehr durch Inflation als durch Angebot und Nachfrage leide. Die Nachfrage entspringe in erster Linie unseren Verpflichtungen. Der Minister trug die Ausführungen des Abgeordneten entgegen, in denen dieser leibende Geschäft der Steuerbeträge der Regierung vermehrt bereits im Plenum des Reichstages angebracht habe, sei es der Sinn der Regierungsdoktrin, das bestehende anzuschließen, jede neue Steuerquelle ausser Acht zu lassen, oder eine für unsere Staatskraft nicht mehr tragbare Belastung zu vermeiden.

Das Hin und Her in Washington.

Eine Währungskonferenz.
WTB. London, 18. Nov. „Daily Mail“ meldet aus Newpor, es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß auf die Washingtoner Konferenz, wenn sie erfolgreich verlaufen sollte, fast unmittelbar anschließend eine Konferenz zur Wiederherstellung der Währung erfolgen wird.

**Amerika für eine Ermäßigung
der Kriegsentfädigung.**

G.A. London, 18. Nov. (Sig. Drahtb.) Telegramm aus Washington meldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten der Ansicht ist, die für Deutschland festgesetzte Summe der Kriegsschädigung sei zu hoch. Die Regierung stellt sich daher auf den Standpunkt, daß Frankreich und Italien einer Ermäßigung der Zahlungsverpflichtungen zustimmen müssen. (Zusammenhang wäre sehr erfreulich, wenn sich die Nachricht bestätigen sollte. Wir glauben nur nicht recht daran. Red.)

Die Frage der Ententeschulden.

WTB, London, 18. Nov. (Draht.) Wie an Washington berichtet wird, hat die britische Delegation auf der Konferenz mitgeteilt, daß sie die Forderung der alliierten Schuldlosen in den Vereinigten Staaten auf der Konferenz nicht anerkennen werden. Es verlautet jedoch, daß Frankreich und Italien vielleicht eine Erörterung dieser Frage bringen werden.

**Englische Stellungnahme
zur Flottenfrage.**

GA. London, 18. Nov. (Eig. Drahtb.)
Sonderberichterstatter des Daily Chronicle
in Washington, dessen Information unwittel-
bar von leitenden Stellen der britisch-
delegation stammen, bezeichnet es heute
sicher, daß die Vorbedingung für Englands
Stimmung zu dem amerikanischen Abrüstungs-
plan eine entsprechende Einschränkung
französischen und italienischen Be-
waffnung sei. Er begründet dies damit, daß Eng-
land niemals die amerikanischen Flottenrüstungen
des Ansehens seiner Berechnung gezogen habe,
denn nur die möglichen europäischen
Kombinationen.

Ueber die chinesischen Verhältnisse äußert der Berichtler mit der gewöhnlichen englischen Vorurtheilhaftigkeit, daß Japan zuerst den Handel mit China aufnehmen müsse. Es ist übrigens aus dem Bericht zu ersehen, daß die verschiedenen europäischen Mächte sich über die chinesischen Vorschläge nicht einig sind. Die Frage, ob und unter welchen Umständen eine Handelsverbindung zwischen England und China eingeleitet werden könne, ist nach dem Bericht des Berichters noch sehr unklar. Ebenso wenig ist es möglich, etwas Bestimmtes darüber zu sagen, was der Handel für das Reich und die Provinzen bedeuten wird.

Der „Daily Chronicle“ macht interessante Mitteilung, daß die ganze Konzeption der Konferenz in den Vereinigten Staaten sehr wahrscheinlich in wenigen Wochen beendet sein werde, da die Frage des Lebens nur in ihren großen Umrissen behandelt würde. Eine solche Regelung würde auch für die innere Politik der Vereinigten Staaten von Vorteil sein, denn bei der großen Eifersucht im eigenen Lande für die Einmischung Amerikas in europäische oder asiatische Angelegenheiten wäre für ein solches Abkommen mit seinen Verpflichtungen eine erforderliche Zweidrittelmehrheit im Senat zu erlangen. Deshalb sollten also die Zusätze der künftigen Vollmitte nicht vertraglich, sondern nur moralisch festgelegt werden.

Amerika an den englischen Vordr.

GA. Paris, 18. Nov. (Eig. Drahtb.
Neuhofen. "Erzange"-Werbung berichtigt
antorsierter Leute, daß die Vereinigten
lich der Veränderung des Plan
Schiffsbauten für einen Zeit
von 10 Jahren ruhen zu lassen, v
vor den britischen Delegierten verlangt
mihexien werden.

Die amerikanische Delegation betreibt die Meinung, daß, um die Beschränkungen der Rüstung, das in wirksamster Weise durchzuführen, es nötig sei, die „maritime Frage“ genau beobachtet zu werden, so daß man dann auf weiteren Vermittler der abgelehnten ersten Forderungen zurückgehe, falls es nicht der Korrespondenz hinaus, scheint gemeint zu sein, die Beschränkung der Rüstung und U-Boote anzunehmen, so amerikanische Seewerftanlagen die Auslieferung, daß eine 50prozentige Beschränkung sei. Ebenso werden die Vereinigten Staaten einwilligen, daß die Vermehrung von mit weitreichendem Wasserstrahl ausgerüsteten Schiffen.

England stoppt!

WTB. London, 18. Nov. (Drahtb.). Die Verträge über den Bau der britischen Großkampfschiffe sind weiteres außer Kraft gesetzt worden.

**Rüdesheim
am Rhein**

Belgien
Dr. med. Hellmers Spr. - Belgien
Zetter: G. Robt. Silberfeld, Sohn
2. Stock, Nähe Hauptbahnhof.
Cyrenstr. 10-1. 47. - Sonntag

Achten Sie beim Einkauf genau auf den Namen „MAGGI“ und die rotgelbe Packung. Andere Würfel stammen nicht von MAGGI.

Japan
A Paris, 1
on melbet 1